



**Gesamtpersonalrat für das Land  
und die Stadtgemeinde Bremen**



Gesamtpersonalrat Knochenhauerstr. 20/25 28195 Bremen

Auskunft erteilt  
Doris Hülsmeier

Telefon (0421) 361 **2215**

Fax (0421) 496 **2215**

E-Mail

gesamtpersonalrat@gpr.bremen.de

Internet

www.gesamtpersonalrat.bremen.de

Datum und Zeichen

Ihres Schreibens

Unser Zeichen

(bitte bei Antwort angeben)

0-01 ko

Bremen, 20. März 2012

## **Pressedienst**

# **Doris Hülsmeier wiedergewählt**

## **Gesamtpersonalrat will weiter Flagge zeigen**

Fast 29.000 Beschäftigte des bremischen öffentlichen Dienstes waren am 14. März 2012 zur Wahl des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen aufgerufen. Bei einer guten Wahlbeteiligung von 56 % errang die gemeinsame Liste der DGB-Gewerkschaften ver.di, GEW und GdP mit über 80 % der Stimmen einen überzeugenden Erfolg. Heute wurde Doris Hülsmeier einstimmig zur Vorsitzenden des Gesamtpersonalrats wiedergewählt. Ebenso einvernehmlich wurden Burckhard Radtke, Ina Menzel und Ingo Tebje zu stellvertretenden Vorsitzenden bestimmt.

Doris Hülsmeier bewertet die hohe Geschlossenheit auch des neu zusammengesetzten Gremiums überaus positiv und kündigt an: „Gemeinsam mit den Gewerkschaften und mit den örtlichen Interessenvertretungen werden wir weiter Flagge zeigen für gute öffentliche Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger. Für gute öffentliche Dienstleistungen müssen die Bedingungen stimmen. Die andauernd steigenden Belastungen für die Beschäftigten müssen ein Ende haben. Alle Versuche, den Beschäftigten, insbesondere den Beamtinnen und Beamten, in die Tasche zu greifen, weisen wir entschieden zurück.“

Die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger und der Politik an die Qualität öffentlicher Dienstleistungen können angesichts des andauernden Personalabbaus bereits jetzt nicht mehr erfüllt werden, warnt Hülsmeier. „Wir brauchen dringend mehr Ausbildung mit Übernahmegarantien, Neueinstellungen und gute Arbeitsbedingungen. Dazu gehört auch eine faire Bezahlung. Öffentliche Dienstleistungen für die Bremerinnen und Bremer müssen ausreichend finanziert werden. Dafür kämpfen wir.“

